

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch den Postbezogen vierteljährlich 15,00 M. Anzeigenpreis: Die 6 gespalt. Millimeterzeile für Arbeitszeitung 10,00 M. Geschäfts- u. Privatanzeigen 20,00 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelhof 17. Fernruf 3366 und 3357. Schluss der Redaktion: Freitag morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 43

Duisburg, den 28. Oktober 1922

23. Jahrgang

Die Wege der Selbsthilfe

III.

Organisationsfragen und Beitragsreform

Der innere Zustand der Organisationen. Trotz aller äußerlichen Schwierigkeiten könnte der Erfolg der gewerkschaftlichen Arbeit sicher noch größer sein, wenn nicht innere Hemmungen die Entfaltung der vollen gewerkschaftlichen Aktionskraft in starkem Maße behinderten. Selbst die franzoise Wirtschaft unserer Tage hätte noch manche Möglichkeit zur Milderung der großen Arbeiternotlage. Der Lohnanteil am Preis der Produkte ist — besonders in der Metallindustrie — auf ein geradezu lächerlich kleines Maß gesunken. Da wäre noch manches zu machen. Selber aber steht den äußeren Hemmungen eine Arbeiterchaft gegenüber, welche die große Bedeutung einer von aktivem Geist erfüllten und von lebendigem Eifer getragenen Organisation vielfach verkennet. Es muß einmal mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß die eigene Schuld der Arbeiter selbst in starkem Maße den vollen gewerkschaftlichen Erfolg glatt verhindert. In dem Sinne sind die Arbeiter viel mehr „Bremsen“ wie die besonders im sozialistischen Lager so gebräuchliche „geschmackvolle Titulation“ lautet, wie irgend ein Angestellter der Organisation. Das, was letzteren radikal verheßte Elemente als „Bremsen“ vorwerfen, ist doch in der Regel ein Antikommen gegen vielfache Unvernunft in gewerkschaftlichen Fragen, die zum Verhängnis führt, während die Haltung der Arbeiter selbst oft den gewerkschaftlichen Erfolgen sehr erschwert. Betrachten wir den inneren Zustand der deutschen Arbeiterbewegung. Die Organisationen sind seit der Revolution gewaltig in die Breite, also rein zahlenmäßig, aber nicht in gleichem Maße in die Tiefe gewachsen. Während unsere christlichen Gewerkschaften ihren einheitlichen Geist noch bewahren konnten, bietet der Zustand im sozialistischen Gewerkschaftslager ein Schulbeispiel dafür, wie es in einer Organisation nicht sein soll. Ein tollereres Durcheinander wie dort, kann man sich ja kaum vorstellen. Da toben die einzelnen Richtungen in Haß und Erbitterung gegeneinander. Hunderttausende an Arbeitergruppen werden im Kampf der politischen Gruppen zur Unterdrückung der eigenen Klassengenossen aufgewandt. (Siehe Kampf Ruch gegen Zista um die Berliner Bevollmächtigtenstelle im D. M. B.). Dieser Zustand der Uneinigkeit, des erbitterten Kampfes um die Vorherrschaft der politischen Gruppen lähmt nicht nur die Aktionskraft der Organisation, sondern hat darüber hinaus auch höchst bedauerliche Rückwirkungen auf die Position der gesamten Arbeiterschaft. Es ist eben nicht belanglos für die Stärke der Arbeiterposition, wenn ein so großer Teil der Arbeiterschaft, wie er in den sozialistischen Gewerkschaften erfasst ist, sich in inneren Kämpfen zerreißt und dadurch in der Entfaltung der vollen Aktivität für die Arbeiterbelange mindestens in größtem Ausmaß gehindert wird. Das ist gleichbedeutend mit erheblicher Stärkung der sowieso schon enorm starken Unternehmerposition. Das erkennt auch das „Korrespondenzblatt“ der sozialistischen Gewerkschaften, als es in seinem Begrüßungsartikel zur sozialistischen Einigung sagte:

„Die Tage des Bruderkampfes gehören der Vergangenheit an. Wollen sie ihr für immer angehören. Viel zu ernst sind die Zeiten und viel zu groß die Aufgaben, die die deutschen Arbeiter zu lösen haben, als daß sie ihre Zeit mit dem Kampf untereinander, anstatt mit dem Gegner ausfüllen dürften. Viel zu lange hat dieser Kampf schon gedauert und viel zu viel, was hätte getan werden können, ist ungenutzt geblieben. Daß die Reaktion sich wieder so breit machen konnte, daß der Kapitalismus die Ausbeutung schamloser als je betreibt, dem Bruderkampf der Arbeiter ist es geschuldet.“

Dazu kommt dann noch die unselbige, politische Verblendung in den sozialistischen Verbänden, die in ihrer Auswirkung: unvernünftige Arbeitsniederlegungen, politische Streiks, unvernünftige Demonstrationen und Eingriffe in das Wirtschaftsleben der Arbeiterschaft nicht nur unermesslichen materiellen Schaden durch Millionen und Abermillionen Mark Lohnverluste zuzügte, sondern auch dem Ansehen der Organisation empfindliche Stöße gab und dadurch einen wertvollen Erfolgsfaktor ausschaltete. Zu dieser Untergrabung des organisatorischen Ansehens trug auch wesentlich bei die falsche sozialistische Werbemethode durch brutalen Zwang auf Andersgesinnte, jener verwerfliche Terror, der eines der dunkelsten Blätter in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bleiben wird. Alles in allem hat also die sozialistische Gewerkschaftsbewegung durch ihren Zustand und ihre Methode den Erfolg der gewerkschaftlichen Arbeit nicht zur vollen Ausdehnung kommen lassen.

Der falsche Geist in der Arbeiterschaft. Daneben wird die Stokkraft der Gewerkschaften im allgemeinen wesentlich gelähmt durch den in breiten Arbeiterschichten vorhandenen falschen Geist. Vordem, in Friedenszeit lebte in den breiten Kreisen der Gewerkschaftler noch warme, innere Anteilnahme am gewerkschaftlichen Geschehen. Sie waren erfüllt von glühendem Idealismus, von freudigem Fleißstreben, von edlem Stürmgeist, der zur Mitarbeit in der Organisation geradezu zwang. Dieses Bild hat sich gewandelt. Heute finden wir viel Kälte und Teilnahmslosigkeit. Das wird jeder bestätigen, der das Versammlungsleben, den Besuch der Versammlungen als Barometer der vorhandenen Stimmung wertet. Gewiß wirkt sich auch hierbei teilweise die große Not der Gegenwart aus, die manche Ausgabe, die mit dem Versammlungsbesuch verbunden ist, scheut. Ebenso sehr kommt aber dabei als Ursache ein großes Maß von Lauheit in Frage. Das sieht man deutlich auch in anderen Dingen. Den Ortsgruppen fällt es oft schwer, Vertrauensmänner, Mitarbeiter zu halten, neue zu gewinnen. Ein großer Zug materialistischen Geistes durchzittert breite Massen. Nur von materiellen Gesichtspunkten aus wertet man heute oft die Organisation, betrachtet man sie vielfach als Automat, in den man oben den Gewerkschaftsbeitrag, oft widerwillig und mürrisch, hineinsteckt, und unten die Lohnerhöhung herausnimmt. Natürlich hat man auch bezgl. der letzteren allerlei Anstände und Kritik.

Die Verarmung der Gewerkschaften. Als bedenkliches und für die Arbeiterschaft gefährlichstes Symptom dieser, materialistischen Stimmung ist indes der große Mangel an Opfergeist zu bezeichnen, der sich in seiner Wirkung einerseits zu einer bedeutenden Schwächung der Arbeiterorganisationen und dadurch andererseits zu einer für uns gewaltigen Gefahren bergenden Stärkung des antisozialen Unternehmertums und der ganzen Unternehmerposition auswirkt. Infolge dieses Widerstrebens breiter Arbeiterschichten gegen eine zeitgemäße gesunde Beitragspolitik ist eine geradezu betrübliche finanzielle Verarmung der Gewerkschaften eingetreten. Der frühere Kampffonds ist unter der Wirkung der fortschreitenden starken Geldentwertung zusammengeschmolzen wie Schnee vor der Sommerhitze. Das beweist deutlich folgende Gegenüberstellung des Goldbestandes der Friedenszeit und des heutigen Papiergeldbestandes in den einzelnen Organisationsrichtungen:

Namen der Organisation	Vermögen 1914	Er würde da sein 1914 x 100	Vermögen 1920
Freie Gewerkschaften	81 457 712.—	8 145,7 mm M.	268 469 522.—
Christl. Gewerkschaften	9 727 358.—	972,7 mm M.	42 418 950.—
Deutsche Gewerkschaften	4 056 924.—	405,6 mm M.	9 136 953.—

Dabei ist hervorzuheben, daß die Entwertung des Geldes in weit stärkerem Maße erfolgt ist, wie im Verhältnis 1:100. Die bisherige Beitragspolitik der Arbeiterorganisationen war falsch. Die Kollegen müssen erkennen, daß sie am verkehrtesten Ende sparen, wenn sie sich gegen eine gesunde Beitragspolitik sträuben. Je mehr die Gewerkschaften einer starken Finanzbasis beraubt werden, desto mehr verurteilen wir unsere Organisationen zur Ohnmacht und schädigen uns selbst.

Die bisherige Beitragspolitik ist aber auch unzeitgemäß. Die Beitragshöhe steht nicht mehr im Einklang mit den Verdienstverhältnissen. Das zeigt deutlich folgende Tabelle über das Verhältnis zwischen dem Arbeitslohn und den Beiträgen für unsern Verband:

Jahr	Gesamteinnahme aus Beiträgen	In Jahresdurchschnitt	in % des Jahreslohn im Durchschnitt	Steigerung in Prozent
1913	1 049 414,55 M.	41 638	25,20	173,92
1921	23 179 355,55 „	226 698	101,38	21616,26

*) Amtliche Zahlen der Hütten- und Walzwerksberufsgenossenschaft. Es steht also hiernach einer fast 13fachen Lohnsteigerung eine Steigerung des Beitrags für die Hauptklasse um das vierfache gegenüber. Dieses Mißverhältnis zwischen Lohn- und Beitragssteigerung wird auch deutlich durch folgende Tabelle beleuchtet:

Jahr	Jahresbeitrag pro Hütten- und Walzwerksberufsgenossenschaft	Stundensatz im Durchschnitt	Verbandsbeitrag in % des Stundensatz	In Prozent zum Lohn
1914	1 748,76 M.	0,58 (3) M.	0,70 M.	120 Prozent
1918	8 303,41 „	1,37 „	0,8 „	57 „
1921	21 616,26 „	9,00 „	3,00 „	33 1/2 „
1922	—	75,00 „	30,00 „	40 „

*) Hilfsarbeiterlohn bis 1. 10. im Bereich der nordwestlichen Gruppe.

Erschwerend kommt noch hinzu, daß mit der Beitragsreform in der Regel eine Unterstützungsreform verbunden ist, durch welche die erhöhten Beiträge zum größten Teil wieder sofort verschluckt werden. Früher mußte jedes Mitglied beim Uebergang in eine höhere Beitragsklasse den höheren Beitrag erst 1/2 Jahr gezahlt haben, ehe es Anspruch hatte auf die höheren Unterstützungssätze. Diese 1/2jährige Karenzzeit kam auch sonst bei jeder Änderung des Beitrags- und Unterstützungswesens in Frage. Diese Karenzzeit, die Voraussetzung einer gesunden, gewerkschaftlichen Finanzpolitik, ist heute zerfallen, weil die erhöhten Unterstützungssätze schon in Kraft treten, ehe das finanzielle Ergebnis der höheren Beiträge im Besitz der Hauptklasse ist. Und so kommt denn bei einer solchen Beitrags- und Unterstützungsreform alles andere, nur keine Finanzreform heraus. Dafür nur ein Beispiel: Wenn der Deutsche Metallarbeiterverband das Unglück hätte, im Dezember d. J. s. in einen Kampf vom Ausmaß des letzten Kampfes in der südwestdeutschen Metallindustrie verwickelt zu werden, dann wäre in 3—4 Wochen sein Kampffonds nebst den erhöhten Novembereinnahmen glatt aufgezehrt.

Diese Beitragspolitik nach agitatorischen Gesichtspunkten muß sich an der Arbeiterschaft rächen. Derjenige ist zu allem feindlich, ein warmer Freund der Arbeiterschaft, der die Organisation zur Rolle eines „billigen Jakob“ und dadurch zur Ohnmacht verurteilt. Auch unsere angestellten Kollegen sollten bei der Beitragserhöhung im wohlverstandenen Interesse der Gesamtarbeiterschaft nicht auf die „egoistischen Sparmaßnahmen“, sondern auf die ernsten, echten Gewerkschaftler hören, die auch in Not und Drang nicht in ihrer Treue wanken.

Auswirkung dieses falschen Geistes. Dieser unselbige, wortungslose Geist in den breiten Massen, muß ja die Schwungkraft der Organisation lähmen und die gewerkschaftliche Arbeit schon an und für sich ungemäßen erschweren. Dazu kommt aber die für uns so gefährliche Rückwirkung dieses Geistes auf die Arbeitgeber. Der Zustand der Organisationen ist den Arbeitgebern bekannt. In der Nr. 40 1922 der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ hebt ein Artikel von H. Winckler den inneren Zustand der Arbeitnehmerorganisationen mit folgenden Worten hervor:

„Die steigende Geldentwertung mit ihren Lohnerhöhungen wirkt auch auf die Innenpolitik der Gewerkschaften ein. Ihr Verwaltungsapparat wird kostspieliger, und ihre Kapitalreserven büßen an Wirksamkeit und Kampfbereitschaft ein. Sie sehen sich daher gezwungen, die Beiträge laufend der Geldentwertung anzupassen.“

Die falsche Einstellung der Arbeiter gegenüber ihrer Organisation, die Kälte, die Teilnahmslosigkeit usw. rächen sich an den Arbeitern selbst in der empfindlichsten Weise. Wir sehen heute bereits in den Verhandlungen mit Arbeitgebern, wie die Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen wieder in recht überheblicher Weise behandelt werden, wie man ihnen die sog. „kalte Schulter“ zeigt, wie Forderungen der Arbeiter und mögen sie noch so berechtigt sein, abgetan werden.

Unsere Aufgabe. Wenn wir den gewaltigen Erschwerungen unserer gewerkschaftlichen Arbeit, wie sie sich ergeben aus der ungünstigen Lage der Wirtschaft und ferner aus dem durch stärkste Organisationen gestützten antisozialen Geist in Arbeitgeberlagern, wirksam begegnen wollen, dann müssen wir selbst unsere Pflicht dem Verband gegenüber tun. Wir müssen aus der gegenwärtigen Lage heraus. Der alte gute Geist der Vorkriegszeit muß wieder Eingang halten in den Gewerkschaften. Innere Wärme, lebendige Begeisterung, glühende Liebe zur Sache, weitherziger, vernünftiger Opferwille müssen unsere Reihen wieder beherrschen. Nur dann werden wir den großen Gefahren begegnen können, wie sie sich aus der jetzigen Lage ergeben. Nur dann werden wir den tiefen Sturz der Arbeiter von der jetzt erklommenen, sozialen Höhe, den erbitterten Gegner, stärkste Kräfte erstreben, zu verhindern in der Lage sein. Mit gewerkschaftlicher Gleichgültigkeit und Nachlässigkeit graben wir uns selbst unser Grab, mit gewerkschaftlicher Pflichttreue und Begeisterung dienen wir uns selbst, indem wir das Errungene festzuhalten vermögen und uns den Ausweg sichern aus tiefer Not zu besserer Zukunft.

Der notwendige Ausbau der Organisation und die Änderung des falschen Geistes in der Arbeiterschaft die Mittelstufe zu dem echten Kampfergeist der alten Gewerkschaftler ist der erste und wichtigste Schritt der Selbsthilfe, den die Arbeiterschaft tun muß.

Unsere Forderungen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik

II. Ernährungswirtschaft.

Solange der Währungsverfall andauert und infolgedessen der Getreidemarkt die Tendenz zeigt, den Preis für das Brotgetreide von Tag zu Tag entsprechend der Valutabewegung zu verändern, halten wir eine völlige Freigabe der Ernährungswirtschaft für ausgeschlossen. Es ist unmöglich, die gesamten Verbraucher bei der Beschaffung des wichtigsten Nahrungsmittels völlig dem durch politische Momente bestimmten Hin und Her des Dollars auszuliefern. Es ist daran festzuhalten, daß der Preis des Umlagegetreides genügend weit vom freien Marktpreis entfernt bleibt, um den Versorgungsberechtigten eine merkliche Verbilligung gegenüber dem freien Brot zu ermöglichen.

Andererseits verlangen wir zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion Maßnahmen, die eine ungerechtfertigte Verteuerung der landwirtschaftlichen Produktionsmittel, insbesondere der künstlichen Düngemittel, entgegenwirken. Die rechtzeitige und ausreichende Lieferung der Düngemittel ist nötigenfalls durch Kreditgewährung sicherzustellen.

Für die Zuckerbewirtschaftung

fordern wir:

1. Erfassung einer genügenden Menge Verbrauchszuckers durch einen Selbstverwaltungskörper, der durch vollberechtigte Einbeziehung der Arbeitnehmer und Verbraucher zu einem wirksamen Kontrollorgan gestaltet werden muß.

2. Sicherung einer reibungslosen Verteilung des ersetzten Zuckers zu festgesetzten Preisen, nötigenfalls durch Wiedereinführung der Zuckertarife.

3. Unterbindung der Zuckerausfuhr.

Zur Kartoffelversorgung

muß die in diesem Jahre insbesondere auch vom Deutschen Gewerkschaftsbund betriebene Politik der Lieferungsverträge, der unmittelbaren Verbindung zwischen organisierten Erzeugern und Verbrauchern, zu einer Dauereinrichtung werden. Das Reich muß, um die Finanzierung zu ermöglichen, Zwischenschritte gewähren und so eine rechtzeitige Bevorratung der Verbraucher sicherstellen.

Von der Landwirtschaft erwarten wir unter Würdigung ihres Anspruches auf angemessenen Nutzen und unter Berücksichtigung der erstlich großen Ernteerträge in Kartoffeln eine Preispolitik, die den Gedanken der Volksgemeinschaft zu fördern geeignet ist; vom Reichsverkehrsministerium weitgehendste Bevorzugung der Kartoffeltransporte; von den Verbrauchern Ruhe und Vermeidung aller Ankäufe.

Zur Sozialpolitik

Der Deutsche Gewerkschaftsbund tritt für einen weiteren Ausbau der Sozialpolitik besonders in dem Sinne ein, daß der Gedanke der Mitbestimmung und Mitverwaltung durch die Arbeitnehmer noch mehr praktische Gestalt gewinnt. Gemäß seinen Grundätzen lehnt der D. G. B. eine gleichmachende Mechanisierung und ebenfalls die Terrorisierung der Minderheit durch die Mehrheit ab. Da wir der Ueberzeugung sind, daß die Fortführung der Sozialpolitik auf die Dauer wesentlich bedingt ist durch eine gesunde Wirtschaftspolitik, so müssen alle Kräfte eingesetzt werden zur Steigerung der Produktion und zur Verhütung von Wirtschaftskämpfen. Neben der technischen und organisatorischen Vervollkommnung der Betriebe muß insbesondere durch Leistung notwendiger zwischen den Tarifparteien jeweils zu vereinbarenden Ueberarbeit an der Steigerung der Produktion gearbeitet werden, unter Festhalten an der gesetzlichen Grundlage des Achtstundentages und der Sonntagsruhe. Zur Vermeidung wirtschaftlicher Kämpfe begrüßt der D. G. B. den Gedanken der Schlichtungsordnung; er kann sich jedoch nicht zu dem Standpunkt bekennen, daß in der kommenden Schlichtungsordnung die Pflicht zur Ausrufung der Schlichtungsinstanz vor Beginn des Kampfes nicht festgelegt werden soll.

Zur Schaffung einer Grundlage für einen weiteren berufstätigen Aufbau im Sinne des Art. 165 der Reichsverfassung

fordert der D. G. B. einen beschleunigten Ausbau der bestehenden Handwerks-, Handels- und Landwirtschaftsstämmen zu paritätischen Wirtschaftskammern.

Die Not der Sozialrentner, erwerbsunfähiger Kleinrentner, der Schwerbeschädigten und Kriegshinterbliebenen bedarf dringend der Linderung und einer größeren Berücksichtigung seitens des Reiches. Um aber die wirtschaftliche Not insbesondere dieser Kreise schnell und nachdrücklich zu mildern, empfiehlt der D. G. B. seinen örtlichen Gliederungen, überall nachdrücklich dafür einzutreten, daß freiwillige Ueberstunden (Wohlfahrtsstunden), deren Erträge den Notleidenden zuzuführen sollen, geleistet werden. Dabei wird vorausgesetzt, daß Arbeitgeber und andere Kreise sich ebenfalls entsprechend an diesem Hilfswerk beteiligen und die Arbeitnehmer in den örtlichen oder bezirklichen Wohlfahrtsausschüssen mit sich und Stimme gebührend vertreten sind.

Vorschläge zur Wohnungswirtschaft.

Von der Ueberzeugung ausgehend, daß die Beseitigung der Wohnungsnot aus gesundheitlichen, sittlichen, sozialen und wirtschaftspolitischen Erwägungen zu den wichtigsten innerpolitischen Aufgaben gehört, stellt der Deutsche Gewerkschaftsbund nachstehende Forderungen auf:

1. An den gegenwärtig geltenden gesetzlichen Grundlagen für die Bewirtschaftung der Wohnungen, desgleichen für die Bildung der Miete ist bis auf weiteres festzuhalten.

2. Die Finanzierung der Neubautätigkeit kann unter den gegenwärtigen Verhältnissen im wesentlichen nur mit Hilfe der Wohnungsbauabgabe erfolgen. Ihre beträchtliche Erhöhung ist jedoch notwendig. Da der Satz der Abgabe — um der dringenden Wohnungsnot zu begegnen — mit dem 1. Januar 1923 von 50 Prozent auf 500 Prozent Gesamthöhe festgesetzt werden muß, ist er von da an regelmäßig vierteljährlich um einen gewissen Prozentsatz zu steigern, der jeweils spätestens 6 Wochen vor Quartalsbeginn durch die Reichsregierung mit Zustimmung vom Reichsrat, Reichstag, Reichswirtschaftsrat zu gleichen Teilen zu ernennenden Ausschüssen entsprechend dem inneren Werte der Mark und der Entwicklung der Baukosten festgesetzt wird. Darüber hinaus muß die Steigerung dieser Sätze in einem solchen Ausmaß erfolgen, daß innerhalb der nächsten zwei Jahre der gesamte unrentierliche Bauaufwand von 120 000 Wohnungen abgedeckt werden kann. Die so erstellten Wohnungen sind der Wohnungsabgabe zu unterwerfen.

3. Der Anteil des Reiches (§ 7) ist auf 10 vom Hundert zu erhöhen.

4. Stärkere Heranziehung von Industrie, Landwirtschaft, Handel und Gewerbe und öffentlichen Betrieben zum Kleinwohnungsbau.

5. Die Schaffung neuer Wohnräume in bereits vorhandenen Gebäuden (Ausbau von Dachwohnungen, Aufteilung größerer Wohnungen in Kleinwohnungen usw.) ist unter Würdigung der gesundheitlichen Mindestansprüche tatkräftig auch mit den Mitteln der Wohnungsbauabgabe zu fördern.

6. Die aus der Wohnungsbauabgabe fließenden Mittel sind in erster Linie dem Bau kleiner Wohnungen mit Gärten zuzuführen.

7. Verzicht auf die Erhebung der Wertzuwachssteuer, wenn der Gesamterlös des verkauften Grundstücks nachweislich zur Herstellung neuer Wohnräume verwendet wird.

II.

1. Zur Verbilligung der Bauausführung:

- a) die rechtzeitige Bereitstellung der Mittel und zweckmäßige Verteilung der Bauaufträge auf das ganze Jahr.
- b) die Vereinfachung des Instanzenzuges bei allen in Betracht kommenden Stellen.
- c) die Förderung der gemeinnützigen Baubetriebe durch Gewährung ausreichender Kredite.

2. Zur Verbilligung und Vermehrung der Baustoffe:

- a) die Unterstützung der gemeinnützigen Organisationen des Wohnungsbaues mit Staatsmitteln zum Zwecke der Errichtung gemeinnützig arbeitender Baustoffbetriebe.

- b) den restlosen Zusammenschluß der deutschen Zement-, Kalk- und Ziegelindustrie zu einem Baustoffwirtschaftsbund zwecks Regelung von Erzeugung, Bewirtschaftung und Preisbildung der wichtigsten Baustoffe nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten entsprechend besonderen Vorschriften. In den Organen des Bundes müssen Arbeitgeber und die beteiligten Arbeitnehmer, außerdem die gewerkschaftlichen Spitzenverbände zur Wahrung der Gesamtarbeitnehmerinteressen sowie das Reich zu gleichen Teilen vertreten sein. Die Interessen von Erzeugern, Verteilern und Verbrauchern sind durch paritätische Belegung zu wahren. Für die Bewirtschaftung des Holzes ist ein Holzlieferungsverband zu errichten, der dem Baustoffwirtschaftsverband anzugliedern ist.

- c) bis zum Inkrafttreten des Baustoffwirtschaftsbundes hat eine allgemeine behördliche Feststellung der Höchstpreise für Kalk, Zement, Holz, Ziegeleierzeugnisse, Glas und Anstrichmaterialien unter paritätischer Mitwirkung von Erzeugern, Verteilern und Verbrauchern (je Arbeitgeber und Arbeitnehmer) stattzufinden. Die für den gemeinnützigen Wohnungsbau benötigten Mengen an Kalk, Zement, Ziegeleierzeugnissen, Glas und Holz sind seitens der produzierenden Industrie auf Anfordern der für die Festlegung der bevorzugten Zementlieferung zuständigen Stellen unmittelbar unter Ausschaltung des privaten Handels zu Erzeugern zu verkaufen ohne jeglichen Handelsaufschlag zur Verfügung zu stellen.

III.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist der Ueberzeugung, daß die notwendige starke Erhöhung der Wohnungsbaubauabgabe dazu beitragen muß, die Lebenshaltung weitestens Kreise unseres Volkes noch mehr als bisher einzuschränken. Ein solches Opfer kann den in großem Umfang notleidenden Massen nur dann zugemutet werden, wenn

1. die Löhne und Gehälter den steigenden Mietlasten angepaßt und erwerbsfähige oder erheblich erwerbsbeschränkte Rentenerwerber ganz oder größtenteils von der Wohnungsbaubauabgabe befreit werden und für kinderreiche Familien eine Entlastung auf dem Wege über die Einkommensteuer herbeigeführt wird;

2. den Abgabepflichtigen die Gewißheit gegeben werden kann, daß die von ihnen aufzubringenden Beiträge nicht der unangemessenen Bereicherung bestimmter Produzentengruppen dienen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund erklärt deshalb nachdrücklich, daß er eine wesentliche Steigerung der Wohnungsbaubauabgabe nur dann als vertretbar ansieht, wenn gleichzeitig damit die Maßnahmen Geltung erhalten, die zur Senkung der nach seiner Ueberzeugung unangemessen hohen Baustoffpreise dienen könnten.

Zum Mieterschutzgesetz.

Der gegenwärtige Raumangel macht einen umfassenden Mieterschutz dringend erforderlich. Den Schutz gegenüber ungebührlichen Mietssteigerungen bringt das Reichsmietengesetz; ebenso notwendig ist aber die Sicherung des Mieters vor der Gefahr, seine Wohnung durch Willkür des Vermieters zu verlieren. Als brauchbare Grundlage hierfür erachtet der D. G. B. den sowohl dem Reichstage wie dem Reichswirtschaftsrat vorliegenden Mieterschutzgesetzentwurf. Der D. G. B. fordert dementsprechend seine dem Reichstag und dem Reichswirtschaftsrat angehörenden Mitglieder auf, sich lebhaft um die Durchbringung dieses Gesetzes zu bemühen. Dabei verlangt der D. G. B. insbesondere den Schutz der Inhaber von Werkswohnungen, die keinesfalls der bloßen Willkür der Werkbesitzer preisgegeben werden dürfen.

Alle Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt. Es ist deren Wesensmerkmal, schreibt der „Deutsche“, daß sie unter Ausschaltung haltloser Klagen und niederreißender Kritik gangbare Wege zeigen, die über die uns drohenden Nöte hinweghelfen werden, wenn wir sie nur mutig und zielbewußt gehen. Daß die in Deutschland so übermächtig gewordene Interessenspolitik darüber Sturm laufen wird, das erwarten wir gar nicht anders. Es wird dem D. G. B. der beste Beweis dafür sein, daß er damit ins Schwarze getroffen hat.

Das Eisen

Klaus Hens.

IV.

Zu berücksichtigen ist allerdings hierbei, daß immer eine gewisse Menge der Wärme verloren geht, so daß die obigen Zahlen nur annähernde Richtigkeit haben. Wenn wir aber hieron einmal absehen, so können wir sagen, daß die Flammen in allen Fällen die gleiche Wärmemenge abgegeben hat, nämlich in 5 Minuten 10 Kalorien. Wir hatten im ersten Falle 1 Liter um 10° erwärmt gleich 1 x 10 gleich 10; im zweiten Falle 2 x 20 gleich 10 und im dritten 1/2 x 100 gleich 10.

100 Gramm Spiritus geben beim Verbrennen 700 Kalorien, wären also imstande, vorausgesetzt, daß keine Wärme verloren ginge, 10 Liter Wasser um 70° zu erwärmen. Statt Kalorien fest man die Abfuhrung Kal. und statt Wärmeeinheit W. E.

Wir haben bei unseren Betrachtungen drei verschiedene Arten von Körpern kennen gelernt, nämlich feste, flüssige und gasförmige. Man nennt diese Zustände Aggregatzustände. Aggregat bedeutet eigentlich eine Zusammenfassung, eine Zusammenfassung. Aggregatzustand ist somit die Art und Weise, wie die kleinsten Teile der Körper, die Moleküle, zusammengefaßt sind. Von der Dichtigkeit der Zusammenfassung hängt in erster Linie der Zustand des Körpers ab. Die größte Dichtigkeit besteht im festen Zustand, wo die Moleküle fest und dicht zusammengehalten und einer Loslösung eisen mehr oder minder großen Widerstand entgegenstellen. In flüssigen Zuständen ist die Dichtigkeit schon viel geringer, und die Moleküle haben nicht mehr so fest aneinander, um ein Auseinanderreißen zu verhindern. Bei den gasförmigen Körpern ist die Dichtigkeit am geringsten. Zwischen diesen drei Zuständen bestehen nun allerdings auch noch Zwischenstufen ein. So geht beispielsweise ein festes Stück Butter beim Erwärmen nicht sofort vom festen in den flüssigen Zustand über, sondern es wird zunächst zu einem Brei.

In diesem letzten Satz haben wir gleichzeitig auch schon ein kleines Beispiel für den Einfluß der Wärme auf den Aggregatzustand eines Körpers. Die Wärme hat nämlich die Eigenschaft, den Aggregatzustand eines Körpers zu verändern, mit anderen Worten, ihn einen anderen Zusammenhang der Moleküle zu geben. Wenn ich ein Stück Eis in warmes Wasser lege, so wird es aus dem festen in einen flüssigen, und bei weiterer Erwärmung, indem es verdunstet in den luft- oder gasförmigen Aggregatzustand übergehen. Der Verflüssigung oder Vergärung durch Wärme natürlich den gleichen Einfluß aus. Auch das Eisen geht über Wasserdampf verdichtet sich bei Abkühlung zu Wasser.

Auf den Zusammenhang der Moleküle des Eisens hat die Wärme natürlich den gleichen Einfluß. Auch das Eisen geht unter starker Erhitzung aus dem festen in den flüssigen und dann in den flüssigen Aggregatzustand über. Dabei ist die Zwischenstufe, der feigige Aggregatzustand für die Eienteilhaft von besonderer Bedeutung, wie auch der feste oder flüssige. Er ist unentbehrlich für das Schmelzen und Schmelzen des Eisens. Hierbei werden zwei Stadien durchgemacht, Pressen oder Walzen zu einem einzigen vereinigt. Es ist dies ein ähnlicher Vorgang, als wenn man zwei Stücke Teig oder Butter durcheinanderreibt, jedoch sie sich zu einem einseitigen Ganzen zusammenfügen. Allerdings sind hierbei manchelei Schwierigkeiten zu überwinden, die auf den ersten Blick nicht ersichtlich sind. Bei der Erhitzung des Eisens verbindet sich nämlich die oberste Schicht mit dem Sauerstoff der Luft zu einem Eisenoxyd (Sauerstoff, Sauerstoff), welches erst entfernt werden muß. Ein Versuch, ohne vorherige Entfernung des Eisenoxyds die beiden Eisenstücke zu verbinden wäre ungeschicklich, als wenn man zwei Stücke Butter zerstreut wollte, die durch einen ungeschicklichen Körper, etwa ein Blatt Papier, voneinander getrennt sind.

Bei weiterer Erhitzung beginnt dieses feigige Eisen zu fließen. Man erhält dann flüssiges Eisen. Der Schmelzpunkt ist für Schmiedeeisen 1600° und für Stahl 1800°. Zu beachten ist hierbei, daß flüssiges Eisen bisher ist wie festes, wie ja schon vorher erwähnt wurde.

Die meisten Körper üben aufeinander eine gewisse Anziehungskraft aus, jedoch je aneinander haften. Oft ist auch der äußere Einfluß ein Grund hierzu. Man bezeichnet dieses aneinander-

haften der Körper als Adhäsion. Ein interessantes Beispiel für die Stärke der Adhäsion finden wir in einem Buche von Dr. D. Hofsdorf. Eine kleine, runde Glasplatte wird auf 7) doppelt gefalteten Weißbrotstücken aufgestellt, so daß das Ganze wie eine Kelle aussieht. Diese legen wir auf den Rand eines Wasserglases auf, daß sie genau im Gleichgewicht ist und die Glasplatte sich im Innern des Glases befindet. Dann füllen wir solange Wasser ein, bis es eben trennt, die Adhäsion des Wassers überwinden, die also in diesem Falle geringer war, als die Adhäsion von Glas und Wasser.

Wenn man zwei gut geschliffene Glas- oder Metallplatten gegeneinander legt, so haften sie infolge des äußeren Luftdruckes ebenfalls aneinander. Vorbedingung ist natürlich, daß sich keine Luft mehr dazwischen befindet.

Bei der Adhäsion haben wir immer mehrere Körper, gleichartige oder ungleichartige, die aneinander haften. Kohäsion dagegen ist die Kraft, die alle Teile eines einzigen Körpers aneinander festhält. Sie wirkt durch Anziehung. Will man einen Körper in mehrere Teile spalten, so muß man die Kohäsion aufheben, d. h. man muß die kleinsten Teile, die Moleküle so weit voneinander trennen, daß sie sich nicht mehr anziehen können.

Jeder Körper setzt einer derartigen Teilung einen gewissen Widerstand entgegen, den man Festigkeit nennt. Dieser Widerstand ist bei den einzelnen Körpern sehr verschieden. Die Festigkeit unterscheidet man als Druck, Zug, Scher-, Knick-, Biege- und Verdrehungsfestigkeit. Wird ein Körper auf irgend eine obengenannte Festigkeit beansprucht, so bezeichnet man dies als Spannung. Falls die Spannung eine gewisse obere Grenze nicht übersteigt, vermindert ihre Wirkung nachher vollständig wieder. Diese obere Grenze nennt man Elastizitätsgrenze. Das Uebersteigen der Elastizitätsgrenze hat bei den einzelnen Körpern verschiedene Wirkungen zur Folge. Entweder sie brechen sofort, dann ist es spröde, oder sie erleiden eine äußere Formänderung, ohne jedoch dadurch in ihrem inneren Gefüge sich zu verändern, dann haben wir es mit einem sähen oder geschmeidigen Körper zu tun. Sticht ist beispielsweise ein sprödes, Schmelzeisen ein sähes Eisen.

Streiflichter

Lohnkämpfe in Sowjetrußland

Im kommunistischen Rußland geht man nicht liebevoll mit Streitenden um, und Putzschiffen, deren sich in Deutschland die Kommunisten so warm annehmen, geht es bitter übel. Strafkolonien und Wohnungsentziehung sind die persönlichen Mittel, wenn nicht das in Rußland schnell arbeitende Gewehr rascher schon seine „Schuldbiligkeit“ gelaut hat. (Interessant sind nach dieser Seite die Ausführungen Sinowjews auf dem letzten allrussischen Gewerkschaftskongress (Mannheimer Volksstimme, 10. Oktober). Sinowjew erklärte, daß die Wünsche der Metall- und Bergarbeiter nach rascher Lohnsteigerung mit Rücksicht auf die übrigen Arbeiterklassen nicht stattgegeben werden könne, sonst würde ein völliger Ruin der Industrie die Folge sein.

„Eine langsame, aber dauerhafte, eine vorsichtige und systematische Hebung der Lebenslage der Arbeiterklasse in gleichem Schritt mit der Hebung der Staatswirtschaft und der Produktion“ erklärte Sinowjew für die „wenig verlockende und wenig blühende, aber einzig ehrliche, wirklich realistische, wirklich revolutionäre, wirklich kommunistische Formel“. Sinowjew wandte sich ferner mit Nachdruck gegen wirtschaftliche Konflikte und Streiks, als Mittel zur Hebung der Lebenslage der Arbeiter. Eine Lehre der letzten zwei Jahre müsse es sein, daß in Sowjetrußland im Gegensatz zu den kapitalistischen Ländern Lohnkonflikte keine Hebung der Lebenslage der Arbeiter zur Folge haben könnten.

Es ist bemerkenswert, wie sich das herrschende Regime in Rußland gegen jeden, auch den besten Krieger wehrt und mit welcher Lust die Kommunisten in anderen Ländern Putzschiffe auf Putzschiffe häufen, wie es im nachfolgenden Streiflicht ausgeführt ist.

Wenn Kommunisten streiken

reißen sie die Arbeiterklasse ins Verderben. Ueber die Köpfe der „Bremser“ und „Bongen“ hinweg, muß die „revolutionäre Klasse“ die Sache in die Hand nehmen, wie die kommunistische Phrase heißt. Und mit welchem Erfolg? (In Le Haere in Frankreich ist nach rund vier Wochen ein Metallarbeiterstreik vollkommen zusammengebrochen. Aus Abwehrzwecken entsandten, rissen bald die Kommunisten die Führung an sich, und pflückten die ganze Sache in einen Generalstreik auf, der juristische Folgen für die Arbeiterklasse hatte. Zusammenstöße mit der bewaffneten Macht, Tote und Verwundete, Ablehnungen der Forderungen und total verlorener Streik waren die Folgen der kommunistischen Leitung.

(Welt Recht schreibt der „Vorwärts“ vom 12. Oktober über diesen Streik:

„Durch die blödsinnige, provokatorische Taktik der Kommunisten, haben die Unternehmer mehr als einen Streik gemonnen und die Arbeiter mehr als einen Streik verloren und umsonst eine Million Franken Unterstützungsgelder aufgebracht. Der verlorene Streik in Le Haere wurde zur Gesamtlinie der französischen Arbeiterklasse, zum Triumph des reaktionärsten Schurmachertums. Die hohen Phrasen der Kommunisten, die ihre Schwäche zu verdecken suchen, indem sie Generalstreikparolen ausgeben, ihr absoluter Mangel an Augenmaß, ihre Unfähigkeit, die tatsächlichen Möglichkeiten und die Schwächen des Gegners auszunutzen, haben sich bei diesem verlorenen Streik besonders deutlich offenbart. Insofern — aber nur insofern — ist der Streik immerhin ein Gewinn.“

Zwar ein Gewinn! Aber ein juristischer, blutig erkaufter Gewinn, den sich die Arbeiterklasse hätte sparen können, wenn sie sich nicht von den Kommunisten überbieten ließe.

Kurze Notizen

Aus neuen Statistiken. Die deutsche Getreideernte an Weizen, Roggen, Winterweizen, Sommergerste, Hafer betrug 1913 — 26,27 Millionen Tonnen, 1922 nur die Hälfte dieser Zahl, genauer 13,05 Millionen Tonnen. — Die Getreideernte in Sowjetrußland wird in diesem Jahre auf 46,7 Millionen Tonnen veranschlagt. — Frankreichs Außenhandelsbilanz hat sich nach den statistischen Ausweisen für Juli und August wieder erheblich verschlechtert, der Einfuhrüberschuß betrug 27 v. H. der Ausfuhr. — Veränderungen im Postverkehr. Infolge des Posttarifierhöhungen wurden bislang im Jahre 1922 weniger befördert als im Vorjahre: Briefe im Ortsverkehr 26 v. H., Briefe im Fernverkehr 12,6 v. H., Pakete: Rajzone 18,9 v. H. — Eisenbahnfahrkosten. Eine Fahrt 1. Klasse von Hamburg nach Newyork kostete 1914 85 Dollar, August 1922 220 Dollar = 250 000 Mark, eine Fahrt von Bremen oder Hamburg nach Shanghai 1914 50 Dollar, August 1922 105 Dollar = 534 000 Mark. — Die Eisenbahnen der Welt. Im neuesten Heft von „Wirtschaft und Statistik“ werden von 1920 folgende Zahlen über die Eisenbahnen der Welt veröffentlicht. Die Kilometerlängen in den einzelnen Erdteilen betragen: Amerika 612 000, Europa 370 000, Asien 119 000, Afrika 52 000, Australien 38 900. Von den einzelnen Ländern hatten die Vereinigten Staaten 426 000, Kanada 64 000, Britisch Indien 58 000. In Europa steht oben Deutschland mit 57 000 bei einem Verlust von 9,7 v. H. gegenüber 1913. Durchschnittspreise der Waren. 1913 gleich 100, betragen die Durchschnittspreise aller Waren im August 1922 in England 153, Frankreich 331, Juli 323. — Der Augustwert der Währung, diejenige der Vereinigten Staaten zu 100 gerechnet, betrug: Shanghai 118,8, Japan 100,67, Schweiz 98,02, Schweden 98,8, Holland 96,9, England 92, Argentinien 83,4, Spanien 80,3, Dänemark 80,25, Norwegen 64,1, Frankreich 41, Belgien 38,0, Brasilien 41,7, Italien 23,2, Türkei 13,75, Tschecho Slowakei 14,9, Binnland 11,2, Jugoslawien 6,3, Portugal 5, Belgien 3, — Ungarn 0,28, Polen 0,05.

Bekanntmachungen

Da die Beiträge immer eine Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 29. Oktober, der 44. Wochenbeitrag fällig für die Zeit vom 29. Oktober bis zum 4. November.

Es erlangen die Genehmigung zur Erhebung der beschlossenen Beiträge: Ludwigshafen, Köln.

Richtbezahlung hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Verbandsgebiet

Bochum. Im großen Saale des Parkhauses veranstaltete am 8. Oktober die Bochumer Ortsgruppe des christl. Metallarbeiterverbandes zur Feier ihres 20jährigen Bestehens einen Ballabend, der einen erheblichen Verlauf nahm. Der geräumige Saal war bald von den Mitgliedern und Freunden des Verbandes gefüllt. Die Ausführungen des Festredners und der Gäste wurden von hervorragenden musikalischen und gesanglichen Darbietungen umrahmt so daß der Festabend ein unvergessliches Festspiel wurde.

Kollege Engel konnte in seiner Begrüßungsansprache eine stattliche Reihe von Gästen mit bekannten Namen begrüßen: Verbands-

vorstehenden Abg. Wiebers-Duisburg, Wohlfahrtsminister Hirthefer, Stadtrat Gilling (Begründer der Ortsgruppe), Baldes-Wachen, Bezirksleiter Burgard-Duisburg, Vertreter der Brudervereine Duisburg Gelsenkirchen, der konfessionellen Vereine und des D. G. B. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Festsprache des Koll. Franz Wieber. Es folgte mit Begeisterung, dem „Erste der Gegenwart“ angehängten Worten die Bedeutung dieses Tages: Viel Arbeit ist dieser Feiertage vorausgegangen. Ohne Konsequenz und ohne mutige Arbeit wären wir nicht so weit gekommen. — Der Redner schildert dann den Eindruck, den der Bochumer Verein auf ihn gemacht habe, als er, in jungen Jahren aus einem ländlichen Idyll kommend, zum ersten Male eine industrielle Großanlage sah. Das kurz vorher rezitierte „Lied der Arbeit“ gab mit beredten Worten den stolzen Stauern über das gigantische Wachstum der Arbeit Ausdruck. Die Festsprache wird gedämpft durch das ehrliche Erlebnis unserer vaterländischen Not. Es könnte alles besser sein, wenn wir es ohne Unterschied wollten: Einer für alle, alle für einen! Im wahren, nicht im phrasenhaft verstandenen Geist der Volksgemeinschaft müßten wir arbeiten. Immer in Hilfsbereitschaft sein! Ist doch die „Vereinstätigkeit“ abgeleitet aus Nächstenliebe, dem höchsten christlichen Grundsatze.

Tat und Willensoll das Lösungswort heißen! Nehmen wir das Schlagwort „Wiederaufbau“ ernst! Sonst wird das Ende katastrophal sein und Millionen in den Abgrund stürzen.

Auch bei einer festlichen Veranstaltung müssen solche Worte gesagt werden, — es liegt heute viel Einfluss bei den arbeitenden Ständen. Schö. Kohlen, Eisen, baut Häuser! Landmann, nimm die letzte Schote aus, um Brot zu schaffen! Macht Front gegen die Sabotage von links!

Sie haben vorher einen Minister als Kollege begrüßt. Hochgefühl lasse ich meinen Blick über 250 000 christliche Metallarbeiter schweifen und über jene, die aus ihren Reihen hervorgingen: Staats- und Reichsminister, Oberpräsidenten, Beigeordnete, Abgeordnete. Das sind Erfolge unserer Arbeiterbewegung, Erfolge organisatorischer Arbeit! — Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen besprach der Redner das erfolgreiche Zusammenarbeiten mit den beiden christlichen Konfessionen, gedachte der Not des Rheinlandes und wandte sich gegen den unerfassen Internationalismus. Ausgehend von dem Sprichwort: „Wer die Welt reformieren will, fange bei sich selbst an“, wolle wir an uns selbst arbeiten, Schulter an Schulter mit unseren Brüdern in der Welt.

Stürmischer Beifall folgte den Worten Wiebers, des „Vaters der christlichen Metallarbeiterorganisation“, wie er eingangs genannt wurde.

Im weiteren Verlaufe der Veranstaltung nahm zunächst Kollege Minister Hirthefer das Wort: Wenn wir rückwärts schauend vorwärts blicken, können wir feststellen, daß wir ein erhebliches Stück vorwärtsgekommen sind. Der Weg war steinig, aber richtig. Es war ein Kampf gegen Egoismus und Mammonismus, aber kein Klassenkampf. Wir waren stolz darauf, eine christlich-nationale Arbeiterbewegung zu sein. Wir hatten mitgewirkt zu den großen Erfolgen in der Arbeiterfürsorge im Versicherungswesen, das ohne Beispiel in der Welt war. Nur eins hat man uns früher nicht zugeben wollen: Ein ausreichendes Arbeiterrecht! Hätte man das zugegeben, dann wäre heute manches anders. Wir stellen unser Vaterland über alles, fingen aber unser Nationallied nicht in aggressiver Stimmung. Ein besonders erstrebenswertes Ziel ist für uns die Befreiung der Arbeit, die Läuterung des Berufsgedankens. Pflegen wir die Standesehre, dann werden wir gegenüber den anderen Ständen dieselbe Achtung und Wirksamkeit erlangen. Optimistisch sehen wir in die Zukunft. Vor uns drei Leitsterne: Christlich, sozial, national.

Kollege Stadtrat Gilling schilderte mit ergreifenden Worten die Schwierigkeiten des Anfangs in Bochum und gedachte dankbar der moralischen Unterstützung durch die Gründer der Gesamtbewegung, deren Treue und Opfermut für alle ein leuchtendes Beispiel gewesen sei.

Kollege Baldes-Wachen erinnerte an seine Bochumer Zeit und die damaligen Schwierigkeiten.

Als Vertreter der katholischen Vereine sprach Vikar Boebdier und Pastor Schmidt für die evangelischen Vereine. Beide Redner fanden lebhaften Beifall.

Mehrfach wurde von den Rednern auf das schöne musikalische und kulinarische Programm des Abends hingewiesen, das erlesene Genüsse bot. Im ganzen gesehen, war es ein Abend der einen würdigen Platz in den Annalen des christl. Metallarbeiterverbandes Bochum verdient.

Hülfenort. Ein äußerst wichtiges Urteil fällt das hiesige Gewerbegericht in einer Klageklage von 18 Mitgliedern unseres Verbandes gegen die Maschinenfabrik Robert Japp in Hülfen. Der demselben zugrunde liegende Tatbestand wird im Urteil selbst wie folgt beleuchtet:

„Am Nachmittage des 4. Juli ds. Js. fand wie überall, so auch in Hülfen eine von den sozialistischen Parteien und den freien Gewerkschaften veranstaltete Demonstration „Zum Schutze der Republik“ statt. Gegen die Stimmen der Kläger war von der Mehrzahl der Arbeiter der Beklagten beschlossen worden, daran teilzunehmen und zu dem Zwecke 24 Stunden früher Arbeitslohn zu machen. Daraufhin haben die Kläger der Beklagten mitgeteilt, daß sie sich an der Demonstration nicht beteiligen würden und die Schicht noch ausarbeiten wollten. Nach Einstellung der Arbeit durch die an der Demonstration sich beteiligenden Arbeiter hat die Beklagte nun ihren ganzen Betrieb stillgelegt und auch die Kläger trotz ihres Widerstandes nach Hause geschickt. Dieselben verlangen daher mit vorliegender Klage den ihnen in den 24 Stunden entgangenen Arbeitsverdienst.“

Beflagte beantragte Klageabweisung unter Hinweis auf § 7 Ziffer 5 des für die Parteien maßgebenden Rahmentarifs über die

Arbeitsverhältnisse der Arbeiter, in der rhein-westf. Eisen- und Stahlindustrie vom 18. 6. 22, der lautet: „Wird die Unterbrechung einer begonnenen Schicht von der Belegschaft oder einem Teil derselben z. B. durch Arbeits einstellen herbeigeführt, so entfällt jeder Anspruch auf eine Vergütung.“

Klärer entgegnete: Sie seien sämtlich als Schlosser bei der Beklagten beschäftigt und hätten die von den Drechern vorgearbeiteten Sachen weiter zu bearbeiten. Da vorgearbeitete Stücke in genügender Menge vorhanden gewesen seien, hätten sie auch in Abwesenheit der anderen Arbeiter arbeiten können. Die Unterbrechung ihrer Schicht sei daher nicht nötig gewesen, sei also nicht durch den an der Demonstration sich beteiligenden Teil der Belegschaft, sondern von der Beklagten selbst herbeigeführt worden. Die Beklagte sei r. l. n. mit der Annahme der Dienste in Bezug gekommen und müsse ihnen daher den in den 24 Stunden geübten Lohnausfall ersetzen.

Beflagte erw. : Es sei richtig, daß die Kläger auch bei der Abwesenheit der anderen Arbeiter ihre regelmäßige Arbeitszeit hätten machen können. Wenn die Kläger aber allein weitergearbeitet hätten, würden sie mit den vorgearbeiteten Stücken so ziemlich fertig geworden sein und hätten dann am nächsten Tage auf Arbeit warten müssen. Um dies zu verhüten, habe sie auch die Kläger nach Hause geschickt.

Klärer entgegnete: Die Angabe der Beklagten, daß sie alle Stücke fertig bekommen haben würden und dann am folgenden Morgen keine Arbeit für sie dazugewesen wäre, sei nicht richtig. Es habe sich nur um 24 Stunden gehandelt und in dieser kurzen Zeit hätten sie für sie fertig liegenden Stücke nicht ausarbeiten können. Daß Mangel an Arbeit für sie nicht zu befürchten gewesen sei, geht auch daraus hervor, daß die Beklagte hinterher — während kein z. B. vier Wochen wie am fraglichen Tage vorgearbeitet sei — die 24 Stunden habe nacharbeiten lassen wollen.“

Die Firma wurde zur Zahlung des eingeklagten Lohnes und der Kosten verurteilt. Dafür führt das Urteil folgende Gründe an: „Nach der oben angeführten Tarifbestimmung können Arbeiter keinen Lohn verlangen, wenn die Unterbrechung einer begonnenen Schicht von der Belegschaft oder einem Teil derselben herbeigeführt wird. Als eine diese Folge auslösende Unterbrechung kann aber doch nur eine durch das Verhalten der Belegschaft bzw. eines Teiles derselben unbedingt notwendig gewordene angelesen werden, d. h. wenn dadurch den anderen Arbeitern die Fortsetzung ihrer regelmäßigen Arbeit unmöglich gemacht wird. Unstreitig waren die Kläger nun auf die Mitarbeit der vorzeitig den Betrieb verlassenden Arbeiter nicht angewiesen, sie konnten ohne dieselben ihre Arbeit verrichten. Sodann war auch noch genügend Arbeit für die Kläger vorhanden, so daß sie also hätten nicht weiterarbeiten können. Da die Beklagte sie trotzdem nach Hause geschickt hat, ist sie mit der Annahme der Dienste der Kläger in Bezug gekommen und muß ihnen daher gemäß § 615 B. G. B. den entgangenen Lohn bezahlen. Da die Höhe der geleisteten Beiträge nicht bestritten worden ist, war also antragsgemäß zu erkennen.“

Das Urteil ist sehr erfreulich. Es zeigt, daß es doch auch Wege gibt, die Arbeiter, die den sozialistischen Demonstrationen nicht mitmachen wollten, vor Schaden zu bewahren.

Empfehlenswerte Berichte und Bücher

Protokoll über die Verhandlungen des ersten internationalen Kongresses des Bundes christlicher Metallarbeiterorganisationen. Abgehalten zu Turin vom 6.—9. November 1921. Der 320 Druckseiten starke Bericht ist in deutscher, holländischer und französischer Sprache erschienen. Neben den Berichten über die Entwicklung, den Stand und den Ausbau der einzelnen Verbände wie des Bundes, wird eine beachtliche Uebersicht gegeben über die industrielle und wirtschaftliche Lage, sowie über das Betriebs- und Wirtschaftslage der einzelnen Länder. Das Protokoll kostet 140 M.

Geschäftsbericht des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands für die Jahre 1920/21. Neben den umfangreichen Verhandlungsberichten auf den verschiedensten Gebieten enthält der stattliche 460 Seiten starke Band wichtige Abhandlungen über die nationalwirtschaftliche und metallindustrielle Lage, über Preise, Gewinne, Konzentrationsbestrebungen und Beschäftigungsgrad der deutschen Metallindustrie, sowie der anderen deutschen Länder. Der wirtschaftlichen Lage der Metallarbeiterklasse und ihren Lohnverhältnissen sind vier besondere Abschnitte gewidmet. Arbeitsgemeinschaften, Selbstverwaltungskörper, Reichshilfs-, Betriebsrätewesen, Bildungsbestrebungen, Jugendarbeit usw. werden ebenfalls eingehend erwähnt. Der Bericht kostet 240 M.

Hüttenarbeiter-Schicksal. Der Erklärungsanspruch von drei Hüttenarbeiterfamilien infolge tödlicher Gasvergiftung ihrer Ernährer vor dem Gericht. Alle Metallarbeiter, die an einer gasigen Arbeitsstelle beschäftigt sind, sollen mit ihren Familienangehörigen die Lehre aus diesem Prozeß ziehen und sich über die Gefährlichkeit und Tücke der Betriebsgefahren durch Gas unterrichten. Der Preis der 24 Seiten starken Broschüre beträgt 750 M. Alle diese Berichte sind zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle unseres Verbandes, sowie durch unsere örtlichen Sekretariate und Ortsgruppen. Bestellungen werden auch in allen Mitgliederparlamenten entgegengenommen.

Zeitgaben für Betriebsratsmitglieder. 3. verbesserte und erweiterte Auflage. Herausgegeben vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 254. Daß schon allein in so kurzer Zeit die dritte Auflage dieses Leitfadens erschienen konnte, spricht für seine gute Einnahme. Am Anfang ist der neueste Stand der Gesetzgebung berücksichtigt worden, so daß das Schriftchen auf 120 Seiten angewachsen ist. Der Preis des Leitfadens beträgt 15 M., bei Abnahme von mehreren 13 M.

Neueste technische Bücher

Er findet man in dem Katalog Nr. 137, der kostenlos und portofrei geliefert wird. Er enthält u. a.: „Schule des Elektromotors“, von Ing. S. Herzog, Mark 36.— „Schule des Maschinenmotors“, v. Ing. S. Herzog, Mark 36.— „Hausinstallations-“, von Ing. M. Lachmann, Mark 36.— „Leitfaden über Elektrizitätsbetrieb“, von Ing. Th. E. Meyer, Mark 18.— usw. (sämtl. 50 Pr.-Teuerungszuschlag).

Oskar Leiner, Buchhändler, f. Technik, Leipzig, Königstr. 26/B

Dreher, Schlosser und Mechaniker

müssen unbedingt auch im Besitze des Handbuchs „DAS GEWINDE“ sein. Preis per Nachnahme 125.— Mark bei

Wilh. Schuler, Techn. Verlag, Augsburg 6, Imhofstr. 79

Wichtige Fachlehrbücher

sind: Störungen an Betriebsmaschinen, M. 60.— Die Ausnutzung der Windkräfte, M. 80.— Maschinenpflege, M. 9.— Schutz und Bewertung von Erfindungen, M. 30.— Elektrische Beleuchtungstechnik, M. 50.— Werkstoffkunde für den praktischen Maschinenbau, M. 70.— Betriebsgefahren der Elektrotechnik, M. 10.— Erfahrungen eines amerikanischen Betriebsmannes, M. 15.— Betriebs-einrichtung und -führung, M. 12.— Der Vorrichtungsbau, M. 8.— Bestimmung des Heizwertes von Brennstoffen, M. 20.— Maschinenfabrikation auf einfachen Werkzeugmaschinen, M. 8.— Dampfmotoren, M. 10.— Der Tages- und Monatsbericht im Kraftmaschinenbetriebe, M. 12.— Magnetkupplungen, M. 8.— Gefährlicher Umgang mit feuergefährlichen Flüssigkeiten, M. 8.— Verwendung der Waage einer Kesselanlage, M. 8.— Kohlenparenzen und rauchfrei arbeitende Feuerungsanlagen, M. 12.— Verpeisungsmaschine, M. 9.— (Zugl. Feuertungszuschlag.) Gegen Nachnahme. **Christlich-Technischer Verlag, Frankfurt a. M., West 8.**

Einige tüchtige
Former
für Grauw, Temper- und Metallguß gesucht.
S. Vogel, Sieberei Speyer.

Wertmeister
finden in allen Fragen Belehrung im Taschenbuch für Wertmeister. Gasmeister, Maschinenbauer, Mechaniker, Monteur, Nieten-techniker, Installateure und Gewerkschafter. Von Ing. S. H. B. Schäfer 10. Auflage mit Anhang. Der Gebrauch des Rechenschiebers. Preis 45 M. (zugl. d. d. jeweiligen Teuerungszuschlag). Preisliste Nr. 137 kostenlos und portofrei.
Oskar Leiner, Buchhandlung für Technik, Leipzig, Königstraße 26/B.

Wir suchen tüchtige
Former, Keramiker und Modellschlosser
zu sofortigem Eintritt Wohnung vorhanden.
Eisenwerk Varel A.G., Varel i. Oldenburg.

